

## ANTRAG

der Abgeordneten Cerwenka, Antoni, Dworak, Findeis, Gartner, Gratzner, Jahrman, Kadenbach, Kernstock, Mag. Leichtfried, Onodi, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier und Schabl,

### **betreffend Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

Die weltweite Wirtschaftskrise und ihre Folgen für die Menschen haben gezeigt, dass unregulierte und unkontrollierte Finanzmärkte unser gesamtes wirtschaftliches und soziales Gefüge erschüttern können.

Die schlimmste Folge ist die der Arbeitslosigkeit, zumal diese genau jene trifft, die diese Krise nicht verschuldet haben: Menschen, die sich weder an abenteuerlichen Spekulationen noch an Wetten auf fallende Gewinne bereichert haben, Menschen, die jedoch aufgrund der durch die Krise verursachten Arbeitslosigkeit in ihrer Existenz bedroht sind. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen, daher gilt es, jetzt aus dieser Krise zu lernen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Dazu sind unterschiedliche Maßnahmen erforderlich.

Es kann nur dann gelingen, die Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze in Österreich zu gewährleisten und damit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit oberste Priorität einzuräumen, wenn zum jetzigen Zeitpunkt das Kernziel jeglichen politischen Handelns ist, dass der Standort und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs nicht gefährdet wird.

Deshalb gilt es jetzt entschlossen zu handeln und in der derzeitigen Krise Maßnahmen zu setzen, die die Kaufkraft der Menschen stärken und die Wirtschaft beleben, die eben der Garant für die österreichischen Arbeitsplätze ist. Aus diesem Grund ist die vor kurzem erfolgte Steuersenkung sowie das Schnüren von Arbeitsmarktpaketen für die Menschen ein notwendiger Schritt. Darüber hinaus wird es - damit sich eine solche Krise nicht wiederholen kann - kurz- und mittelfristig notwendig sein, Regulierungs- und Kontrollmechanismen für die internationalen Finanzmärkte zu installieren.

Dies wird ein entscheidender Aspekt beim Aufbau einer neuen globalen Wirtschaftsordnung sein, die zweifelsohne entstehen muss und zum Wohle der Menschen entstehen wird.

Aber auch auf nationaler Ebene wird man mittel- und langfristige Maßnahmen treffen müssen, um Antworten auf die Fragen einer gerechten Verteilung geben zu können. So bleiben derzeit etwa Gewinne aus Wertpapierverkäufen ab einem Jahr nach deren Erwerb bei der Einkommenssteuerveranlagung völlig unberücksichtigt. Während sonstige Zinsgewinne etwa aus Sparbucheinlagen der Kapitalertragssteuer unterliegen. Um diese Ungleichbehandlung bei der Besteuerung von Zinsgewinnen zu beseitigen, sollte diese Jahresgrenze bei Wertpapierverkäufen ersatzlos beseitigt werden.

Zentral werden bei der Frage einer gerechten Verteilung aber auch die strukturellen Fragestellungen des österreichischen Steuersystems sein, die in einer Steuerreformkommission im Zusammenhang mit einer Verwaltungsreform und Verfassungsreform zu erörtern sein werden.

Aus den obigen Ausführungen ergeben sich zum jetzigen Zeitpunkt folgende entscheidende Forderungen:

- Die Setzung aller notwendigen Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- Einführung einer **Finanztransaktionssteuer** auf europäischer und internationaler Ebene,
- Abschaffung der **Einkommenssteuerfreiheit** von Gewinnen aus Wertpapierverkäufen ab einem Jahr nach deren Erwerb und
- Schaffung einer **Europäischen und internationalen Finanzmarktaufsicht**.

Die Gefertigten stellen daher den

### **A n t r a g :**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch herantreten an die Bundesregierung auf Abschaffung der Einkommenssteuerfreiheit von Gewinnen aus Wertpapierverkäufen ab einem Jahr nach deren Erwerb sowie für die ehebaldigste Einrichtung einer Steuerreformkommission, die sich mit einer Steuerreform unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit auseinandersetzt, zu drängen und auch auf europäischer Ebene, durch eigene Kontakte im Sinne der Antragsbegründung, für eine stärkere Regulierung und Kontrolle des Finanzmarktes einzutreten. Konkret:

- Umfassende Regulierung und Kontrolle aller Akteure auf dem EU-Finanzmarkt, d.h. auch Hedge-Fonds, Private Equity Fonds und Rating Agenturen
- Schaffung einer europäischen und international akkordierten Finanzmarktaufsicht
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer und internationaler Ebene

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss zur Beratung zuzuweisen.